

Wir schrumpfen!

Ein Denkanstoß zur nachhaltigen Familienpolitik

Lisa Schee genannt Halfmann

Der demografische Wandel ist in aller Munde. Seit Jahren zeigen sich Politiker, Wissenschaftler und Medien erstaunt über das drastische Absinken der Geburtenraten. Deutschlands Bevölkerung sinkt. Innerhalb von sechs Jahren verringerte sich die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik von 82 531 Millionen (2003) auf 81 802 Millionen (2009).¹ Die Statistik zeigt, dass Deutschland damit nicht allein ist. Während in anderen Ländern ein Geburtenboom herrscht, sind die Geburtenzahlen in Europa insgesamt rückläufig. Feierten wir weltweit gerade den sieben Milliardensten Menschen, spekulieren Wissenschaftler wie Herwig Birg, dass es zum Ende des 21. Jahrhunderts nur noch 25–30 Millionen Einwohner in Deutschland geben wird.² Das klingt dramatisch und unrealistisch. Betrachtet man jedoch Langzeitstudien zur Bevölkerungsstatistik sind diese Zahlen weder überraschend noch realitätsfern.

Die Daten und Fakten belegen, dass die Familie im traditionellen Sinne ein rückläufiges Gebilde ist. Was bedeutet Familie im 21. Jahrhundert? Durchschnittlich bekommen Frauen nicht nur wesentlich später, sondern auch wesentlich weniger Kinder (ca. 1,4) als noch vor 50 Jahren (2,5) – wenn sie sich überhaupt für Kinder entscheiden. Die Veränderung der Lebensstruktur bietet für viele keinen passenden Rahmen für Nachwuchs. Nicht nur um im Alltag und Beruf möglichst unabhängig zu sein, entscheiden sich viele Paare dagegen, Kinder zu bekommen. Es stellt sich die Frage, ob nicht auch die derzeitige Familienpolitik eine entscheidende Hürde darstellt.

Dieser Essay problematisiert nicht den demografischen Wandel und seine Folgen. Er geht an die Wurzel des Problems, indem er sich mit der Rolle der Familie in Gesellschaft und Politik auseinandersetzt. Er beschäftigt sich mit der Thematik, ob Kinder in unserer Gesellschaft als Risikofaktor wahrgenommen werden und ob dies zum demografischen Wandel beiträgt. Es geht um eine langfristige und nachhaltige Förderung, die auch zu Gunsten des Sozial-

systems in Angriff genommen werden sollte. Ein Umdenken der Gesellschaft steht im Mittelpunkt und Familienpolitik wird als mehrdimensionaler Prozess verstanden.

Geburten in der Bundesrepublik

Der demografische Wandel wird oft nur aus der Perspektive der Überalterung und des Sinkens der Geburtenraten betrachtet. Jedoch sind diese beiden Aspekte nur die Auswirkungen eines Prozesses. Der Wandel muss als multidimensionales Phänomen gesehen werden, welches auf allen Ebenen der Gesellschaft greift. Die Veränderung der Lebensläufe, der technisch-medizinische Fortschritt (Antibaby-Pille), die Emanzipation der Frau und ihre Erwerbsorientierung, die geringe Vereinbarung von Familie und Beruf, die Gleichstellungspolitik und mangelhafte Kinderbetreuung sind Faktoren, die den demografischen Wandel ernähren. Einige dieser Faktoren tragen erheblich dazu bei, dass Kinder in unserer Gesellschaft als Risikofaktor betrachtet werden.

Die Geburtenzahlen in Deutschland sinken und das bereits seit über hundert Jahren. 1871 bekamen Frauen noch durchschnittlich fünf Kinder. Kinder stellen nicht nur Arbeitskräfte dar, sondern ebenfalls eine Altersvorsorge. Doch bereits nach der Industrialisierung und der Einführung der Rentensysteme sank diese Zahl auf knapp über zwei. Heute bekommen Frauen durchschnittlich 1,4 Kinder.³ Das bedeutet, dass Deutschland der Nachwuchs fehlt und sich die Bevölkerungszahl in den nächsten Jahren verringern wird. Doch welche familieninternen Gründe gibt es dafür, dass Frauen in Deutschland so wenige Kinder bekommen?

Die Familie im traditionellen Sinne – Mutter, Vater, Kind(er) – ist noch immer die führende Familienform. Allerdings steigt seit vier Jahrzehnten der Anteil »nicht-konventioneller« Familienverhältnisse wie Patchworkfamilien oder Alleinerziehende.⁴ Doch auch andere Lebensformen haben sich in den vergangenen Jahren stetig entwickelt: Alleinstehende (ca. 17,4 Millionen) und Paargemeinschaften ohne Kinder (ca. 23,3 Millionen).⁵ In diese Freiheit und Unabhängigkeit passen oftmals keine Kinder. Doch dies sind nicht die einzigen Gründe.



Illustration von Anna Slobodnik

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wenn Frauen sich heute für Kinder entscheiden, tun sie das relativ spät. Zusammenfassend lässt sich hier sagen, dass das Durchschnittsalter der Frauen bei der ersten Geburt um 1989 (in Ost- und Westdeutschland) noch bei 24,8 Jahren lag und 2010 bereits bei 28,3 Jahren.⁶ Frauen wollen eine gute Ausbildung genießen und sich fachlich qualifizieren. Das dauert. Anschließend wollen die meisten von ihnen Berufserfahrungen sammeln und ihrem Kinderwunsch nachgehen. Hier stehen sich zwei wichtige Lebensabschnitte gegenüber. Die Entscheidung für den Berufseinstieg oder für den Kinderwunsch. Bei einer familienfreundlichen Arbeitspolitik, die Kinder berücksichtigt, wäre diese Zweigstelle nicht so tragend für den demografischen Wandel. Doch es zeigt sich, dass auch nach Jahren des Bewusstseins über die Relevanz der Einheit von Beruf und Familie wenige Taten gefolgt sind. Bei der wsi Betriebs- und Personalrätebefragung 2005 wurde deutlich, dass sich lediglich 30 Prozent der Betriebsräte mit dem Thema »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« auseinandersetzten. Zudem fand sich nur in 7 Prozent der Betriebe eine Vereinbarung zu familienfreundlichen Arbeitsbedingungen.⁷ Nicht verwunderlich ist also die Tatsache, dass 60 bis 80 Prozent der Frauen in Führungspositionen kinderlos bleiben.⁸

Die Veränderung der betrieblichen Arbeitszeitkultur fordert die Flexibilität und Spontaneität der Mitarbeiter. Flexible Arbeitszeiten scheinen vielen Arbeitnehmern entgegenzukommen – jedoch nicht denen mit Familie. Sie fordern eher eine verbindliche Arbeitszeitregelung, die ihnen mehr Planungssicherheit bietet.⁹ Schließlich können sie nicht so spontan und flexibel reagieren wie Kinderlose. Um aber im Job bestehen zu können und dieser neuen Arbeitskultur dienlich zu sein, verzichten einige auf eigenen Nachwuchs.

»Ver.di« geht hier mit einem guten Beispiel voran. Die von ihr gegründete »Arbeitsinitiative« kämpft gegen Arbeitszeitverlängerung, sowohl auf der Grundlage der Gefährdung des Familienlebens, als auch in Hinblick auf die Gesundheitsgefährdung, die Beeinträchtigung des lebenslangen Lernens und den Widerspruch zu humanen Arbeitsbedingungen.¹⁰ »Ver.di« ist nicht die einzige Organisation, die versucht Betrieb und Familie vereinbar zu machen. Auch das »Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend« hat die Initiative ergriffen und das »Lokale Bündnis für Familien« ins Leben gerufen. Ein Netzwerk, bestehend aus Akteuren der Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft, das sich um bedarfsorientierte Projekte in der Bundesrepublik bemüht. Mittlerweile gibt es rund 5 200 Projekte an rund 660 Stand-

orten.¹¹ Bei beiden Projekten wurde anscheinend erkannt, dass Eltern mit einer Planungssicherheit und Regelmäßigkeit im Arbeitsalltag aktiver und produktiver arbeiten und effektiver und intensiver am Entwicklungsprozess ihrer Kinder teilhaben können. Es folgen ihnen andere, wie das »Bundesministerium des Innern« oder auch die IHK Berlin. Diese Projekte stellen einen positiven Start in ein Umdenken zugunsten der Familie dar. Jedoch beruht dies momentan noch auf freiwilligen Initiativen.

Der Bund schreibt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gesetzlich vor. Die einzigen Erwähnungen sind im Betriebsverfassungsgesetz und im *Sozialgesetzbuch III* zur Arbeitsförderung zu finden. Zudem sind die Gesetze sehr oberflächlich formuliert und somit reine Auslegungssache. Eine direkte gesetzliche Verankerung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf würde auch die Betriebe zur Kooperation drängen, die sich sonst aus dieser Thematik heraushalten.

Um Lösungen für eine nachhaltige Familienpolitik zu finden, ist ein Einklang zwischen Erwerbstätigkeit und Familien unumgänglich. Absicherung des Einkommens, Sicherheit des Arbeitsplatzes, regelmäßige Arbeitszeiten und die Möglichkeit auf spontan eintretende Familieninterna, wie Krankheit des Kindes, reagieren zu können, geben Eltern Sicherheit und Rückhalt.¹² Können sie sich auf diese Faktoren verlassen, dann können sie sich stressfreier der Familienplanung und der Entwicklung ihrer Kinder widmen.

Eine familienunfreundliche Familienpolitik?

Nicht nur der Arbeitsmarkt fördert die Stagnation und den Rückgang von Geburtenraten, sondern auch die Familienpolitik. Laut Schubert und Klein bezeichnet die Familienpolitik sowohl die politischen und verbandlichen Aktivitäten, aber auch die gesetzgeberischen Maßnahmen, die der Familie zum Schutz und zur Förderung dienen.¹³ Laut der OECD investierte Deutschland 2005 rund 2,2 Prozent des BIP in Geldleistungen wie Kindergeld und 1 Prozent in Dienstleistungen wie Kindergärten. Damit ist die Bundesrepublik eines der wenigen europäischen Länder, welches übermäßig viel Geldleistungen erteilt, jedoch wenig Dienstleistungen fördert. In Ländern wie Dänemark, Schweden und Frankreich liegen beide Werte gleichverteilt, bei ungefähr 1,5 Prozent.¹⁴ Hier ist anzunehmen, dass Deutschland versucht, eine Geburtensteigerung mit finanziellen Ausgleichszahlungen zu erzeugen, ohne die notwendigen Rahmenbedingungen, wie Betreuung der Kinder, zu beachten und zu fördern.

Eine notwendige Voraussetzung ist die Betreuung der Kinder außerhalb der Familie. Erwerbstätige Eltern stehen vor dem Problem, dass sie keinen rechtlichen Anspruch auf Betreuung ihres Kindes haben, wenn es nicht mindestens drei Jahre alt ist. Viele Mütter und Väter sind gezwungen zu Hause zu bleiben und sich ganztätig der Betreuung ihres Nachwuchses zu widmen, was selbstverständlich auch förderlich für die Bindung ist. Hinsichtlich der Erwerbstätigkeit ist dies jedoch nicht vorteilhaft. Eltern mit befristeten Arbeitsverträgen drängt es aus Angst vor der Arbeitslosigkeit wieder zurück an ihren Arbeitsplatz.

Auf der anderen Seite gibt es Mütter und Väter, die sich ganz der Kindererziehung verpflichtet haben. Erziehungsjahre bzw. Pflegejahre werden in keiner Weise berücksichtigt. Ihnen werden weder ausgleichende Rentenpunkte, noch andere nützliche Transferleistungen zugesprochen. An dieser Stelle besteht deutlicher Nachholbedarf für die Sozial- und Sicherungssysteme. Man muss der Politik eingestehen, dass sie sich hierum bemüht und ab 2013 ein sogenanntes Betreuungsgeld in Höhe von 150 € pro Monat bereitstellt. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass Eltern mit gut bezahlten Anstellungen für 150 € im Monat zu Hause bleiben. Anders stellt sich die Lage bei Hartz IV-Empfängern und Eltern mit Migrationshintergrund dar. Aus Angst vor Missbrauch dieses Geldes sollen für jene Gutscheine ausgestellt werden.

Trotzdem kann nicht behauptet werden, dass sich in den letzten Jahren nichts getan hätte. 2007 trat an die Stelle des Erziehungsgeldes das Elterngeld. Hintergrund dieser vierzehnmonatigen, einkommensabhängigen Zahlung war das Ziel, Besserverdienende zur Umsetzung des Kinderwunsches zu animieren. Sie sollten mit dem Elterngeld weniger Verdienstaufschlag haben. Bisher bestätigen die Geburtenzahlen keinen deutlichen Anstieg – wobei sich nach so kurzer Zeit auch keine Verhaltensänderung feststellen lässt. Die Geburtenzahlen schwanken grundsätzlich, jedoch sind sie im Langzeitvergleich deutlich rückläufig (1992: 809 114; 2010: 665 126).¹⁵ Verständlicherweise mussten angesichts des Geburtenrückgangs Institutionen wie Kindergärten und Schulen schließen. Die Sicherheit eines Betreuungsplatzes kann nicht mehr grundlegend gewährleistet werden.

Es kommt das Gefühl auf, dass der Staat kein oder zumindest wenig Interesse an untergeordneten Prioritäten wie der Familie hat. Finanzielle Förderkonzepte wie das Betreuungsgeld scheinen nicht wirklich durchdacht. Es gibt nicht genügend Betreuungsplätze, der Wandel der Lebensläufe und die Erziehungsleistungen finden keine Berücksichtigung in der Politik. Kin-

der sind schlicht und einfach für viele Frauen und Männer ein Risikofaktor. Der Staat sollte sich jedoch um eine intensive, langfristige und nachhaltige Förderung bemühen, da er, aufgrund seines Sozialsystem, am Ende der Leidtragende sein wird.

Viele Möglichkeiten zur Veränderung stehen bereit, doch die Politik muss sich öffnen und vernetzen. Denn laut dem Soziologen Hans Bertram wird nachhaltige Familienpolitik »immer ein ›Policy Mix‹ sein aus Zeit-, finanzieller Transfer- und Infrastrukturpolitik, mit dem sich die Zeit für Fürsorge, die Zeit für Qualifikation und eigene Entwicklung, die Zeit für berufliches Engagement und die Zeit für bürgerschaftliche Aktivitäten durch das Individuum oder die Familie in eine Balance bringen lassen«. ¹⁶

Denkanstöße für die Familienpolitik

Eine nachhaltige Innovation kann nur bestehen, wenn sie langfristig durchdacht ist. Dazu zählt ein Betreuungsgeld nicht. Die wenigsten Berufstätigen würden ihre Arbeit für diesen Betrag aufgeben. Das Betreuungsgeld hätte eine Chance, wenn es am Einkommen bemessen werden würde, ähnlich wie das Erziehungsgeld. Grundsätzlich gesehen ist der Besuch einer Einrichtung für Kinder kompetenzfördernd und sollte nicht unterbunden werden. Besteht also die Möglichkeit, Kinder mit unter drei Jahren in einer Einrichtung unterzubringen, sollte diese zugunsten der Kinder genutzt werden.

Ebenfalls wird Kritik an dem rechtlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatzes ab dem dritten Lebensjahr laut. Durch das Fehlen von Betreuungsplätzen sind immer wieder Eltern gezwungen zu Hause zu bleiben. Ein fahrlässiger Fehler, nicht nur für den Arbeitsplatz der Eltern, sondern auch für die Entwicklung der Kinder. Geburtensteigerung ist eine paradoxe Forderung, wenn nicht genügend Betreuungsplätze vorhanden sind. Sein Kind mit einem Jahr oder anderthalb in eine Tageseinrichtung zu geben, hat nichts mit Desinteresse am Kind oder Verantwortungslosigkeit zu tun. Die Nutzung solcher Möglichkeiten ist sowohl für Eltern als auch für die Kinder eine Bereicherung.

Um die Familienpolitik nachhaltig zu gestalten, sollten auch die Erziehungszeiten Anerkennung in der Renten- und Pflegeversicherung finden. Betreuende Eltern entscheiden sich bewusst, von einem Gehalt zu leben und sich der Entwicklung ihrer Kinder, sozusagen der nachfolgenden Generation, zu widmen. Warum wird das nicht honoriert? Sollte es zu einer späten Trennung der Eltern ohne Ehestatus kommen, steht der Daheimgebliebene ohne Lebensunterhalt da.

Die Schulreform brachte mit der Ganztagschule eine neue Möglichkeit für Eltern, ihre Kinder länger und professionell betreuen zu lassen. Im Gegensatz zur Halbtagschule und dem Hort, auf den man auch rechtlichen Anspruch hat, werden hier alle Kinder bis zum Nachmittag betreut. Neben Bildungsvorteilen verhilft die Ganztagschule, Beruf und Familie zu vereinbaren. Selbstverständlich soll die Ganztagschule die Familie nicht ersetzen, sondern das Familienleben ergänzen und neue Freiräume für gemeinsame Zeit schaffen.¹⁷ Das Konzept ist zwar nicht neu, aber gut durchdacht. Die Umsetzung macht nur Schwierigkeiten, weil jedes Land frei entscheiden darf, welche Schule und welcher Schultyp an dieser Reform teilnehmen darf.¹⁸ Warum kann die Ganztagschule nicht grundsätzlich, d. h. überall eingeführt werden?

Die Überlegung der 24-Stunden-Betreuung ist gewagt, aber ebenfalls eine Diskussion wert. Im Zuge der veränderten Lebensläufe, in Anbetracht der Tatsache, dass viele Erwerbstätige heute im Schichtsystem arbeiten und in Hinblick auf die hohe Zahl der Alleinerziehenden ist dieser Gedanke nicht unbegründet. Hierbei geht es nicht darum, sein Kind 24 Stunden in einer Einrichtung unterzubringen, sondern weiterhin im normalen Regelsatz von acht bis neun Stunden. In einer kleinen Gruppe, einem familiären Rahmen, ähnlich wie bei einer Tagesmutter, könnten die Kinder auch über Nacht betreut werden. Selbstverständlich sollte dies keine Normeinrichtung werden, sondern eine Möglichkeit für Eltern in prekären Lebenslagen sein, die ihr Kind sicher unterbringen wollen, ohne ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Letztendlich gibt es viele Möglichkeiten und auch bereits viele gute Initiativen für eine nachhaltige Familienpolitik, doch solange, wie die Grundsätze einer Familienpolitik nicht klar sind, können auch keine Rahmenhandlungen geschaffen werden.

Zukunftsweisend

Abschließend möchte ich Leitideen und Ansätze dreier Autoren vorstellen, die zukunftsweisend für die Familienpolitik sind.

Die Familienwissenschaftler Lange und Heitkötter haben fünf Leitlinien entwickelt, die einer familienpolitischen Gestaltung dienlich sein können. ERSTENS sollte der Ausgangspunkt familienpolitischen Handelns auf den Bedürfnissen und den Anliegen der Familien beruhen. Die Konzentration auf das eigentliche Thema und deren langfristiges Ziel, ist die Voraussetzung für eine gute Familienpolitik. ZWEITENS umfasst die Eröffnung von Spielräumen

eine Autonomie in der Lebensführung. Die Familienpolitik muss sich den veränderten Lebenswirklichkeiten der Familien auf allen Ebenen anpassen, um sinnvoll handeln zu können. DRITTENS muss ein Dreiklang bestehen zwischen Zeit-, Infrastruktur- und Geldwirtschaft, der hier vermehrt angesprochen wurde. VIERTENS ist ein Einklang von betrieblichen Arbeitsbedingungen und familiärem Leben notwendig, um dieses Spannungsfeld zu überbrücken. Der FÜNFTE Punkt betrifft die handelnden Akteure in der Familienpolitik. Ihr klassisches Spektrum muss sich weiter öffnen und mit Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Betrieben und Personalräten kooperieren.¹⁹

Bertram greift den Punkt der Zeit-, Geld- und Infrastrukturpolitik auf und macht deutlich, wie multidimensional Familienpolitik eigentlich sein müsste, um nachhaltig wirken zu können. Er sagt, Familienpolitik ist Lebenslaufpolitik, da es um die Organisation der Zeit für Fürsorge, Zeit für Teilhabe außerhalb der Familie und Zeit für eigene Qualifikation geht. Familienpolitik ist aber immer auch Zeitpolitik. Die Organisation des Alltags ist stark durch die Familienpolitik geprägt. Es geht um ein gut organisiertes und strukturiertes Zeitmanagement, um alle Lebenslaufaspekte zu berücksichtigen. Familienpolitik ist Infrastrukturpolitik, da Familien auf Unterstützung von Nachbarn, Großeltern, Institutionen angewiesen sind. Dies ist besonders bei Stadtplanungen zu berücksichtigen. Und hier wird auch deutlich, warum Familienpolitik immer Geldpolitik ist.²⁰ All diese Leistungen kosten ein Vermögen, das jedoch gut angelegt ist.

Diese Leitideen zeigen deutlich, worauf sich die Familienpolitik nicht nur in den nächsten Jahren, sondern grundsätzlich konzentrieren sollte. In die Familie sowie eine starke Gesellschaft muss investiert werden. Und zwar im Hier und Jetzt!

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland: »Bevölkerung nach dem Gebietsstand«. Verfügbar unter: www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Bevoelkerung/Content75/lrbevo3a.templateId=renderPrint.psml [12.03.2012].

² Vgl. Birg, Herwig (2004): »Soziale Auswirkungen der demographischen Entwicklung«. Verfügbar unter:

www.bpb.de/themen/GWGCUY,o,o,Bev%F6lkerungsentwicklung%3A_Soziale_Auswirkungen.html [15.01.2012].

³ Vgl. Sütterlin, Sabine (2008): »Deutschland ist eines der kinderärmsten Länder der Welt«. Verfügbar unter: www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/handbuch_texte/pdf_Suetterlin_Deutschland.pdf [10.11.2011].

- ⁴ Vgl. Huinink, Johannes (2008): »Familie: Konzeption und Realität«. In: *Informationen zur politischen Bildung*. (Bonn). Heft 301, 4–14.
- ⁵ Mikrozensus (2010): »Haushalt und Familie 2010«. Verfügbar unter: www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Bevoelkerung/HaushalteMikrozensus/HaushalteFamilien2010300107004.property=file.pdf [10.03.2012].
- ⁶ Statistisches Bundesamt (2012): »Geburten in Deutschland«. Verfügbar unter: www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Bevoelkerung/Bevoelkerungsbewegung/BroschuereGeburtenDeutschland0120007129004.property=file.pdf [10.03.2012].
- ⁷ Vgl. Schäfer, Claus (2005): »Die wsi-Befragung von Betriebs- und Personalräten 2004/05 – Ein Überblick«. Verfügbar unter: www.boeckler.de/wsimit_2005_06_schafer.pdf [21.01.2012].
- ⁸ Vgl. Birg, Herwig (2004).
- ⁹ Vgl. Lange, Andreas; Heitkötter, Martina (2007): »Familiale Lebensführung und Arbeitszeiten – Spannungsfelder und familienpolitische Gestaltungsaufgaben«. Verfügbar unter: www.boeckler.de/wsi_mit_2007_04_lange.pdf [15.01.12].
- ¹⁰ Vgl. »Arbeitszeit Ver.di.« Verfügbar unter: <http://arbeitszeit.verdi.de/> [10.01.2012].
- ¹¹ Vgl. »Lokales Bündnis«. Verfügbar unter: www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/ueber-die-initiative/die-initiative.html [10.01.2012].
- ¹² Vgl. Lange; Heitkötter (2007).
- ¹³ Vgl. Schubert, Klaus/ Klein, Martina (2006): *Das Politiklexikon*. Bonn: Dietz.
- ¹⁴ Gerlach, Irene (2008): »Sozialstaatkonzeptionen und Familienpolitik«. In: *Informationen zur politischen Bildung*. Heft 301. Bonn, 64–72.
- ¹⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland: »Eheschließungen, Geborene und Gestorbene«. Verfügbar unter: www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Bevoelkerung/GeburtenSterbefaelle/GeburtenSterbefaelle.psm [08.01.12].
- ¹⁶ Bertram, Hans (2009): »Nachhaltige Familienpolitik und demografische Entwicklung. Zeit, Geld und Infrastruktur als Elemente einer demografiebewussten Familienpolitik«. *Zeitschrift für Pädagogik* 55 (2009) 1, 37–55. Verfügbar unter: www.pedocs.de/volltexte/2011/4237/pdf/ZfPaed_2009_1_Bertram_Familienpolitik_Entwicklung_D_A.pdf [08.01.12].
- ¹⁷ Information des »Bundesministeriums für Bildung und Forschung« zur Familienzeit. Verfügbar unter: www.ganztagsschulen.org/6433.php [10.03.2012].
- ¹⁸ Vgl. Ganztagsschulen.org. Verfügbar unter: <http://www.ganztagsschulen.org/131.php> [14.01.2012].
- ¹⁹ Vgl. Lange; Heitkötter (2007).
- ²⁰ Vgl. Bertram (2009).